

Einschätzung der Tarifaueinandersetzung 2009 bei der Deutschen Post DHL

Die Verhandlungen mit der Post über diverse strittige Punkte haben für die Beschäftigten viele positive Ergebnisse gebracht. So konnte der Vorstand sein Vorhaben, den Einfluss von ver.di auf die Löhne, die Wochenarbeitszeit wie die betriebliche Arbeitszeitgestaltung einzuschränken, nicht durchsetzen. Die bestehenden Tarifverträge sind nicht zugunsten betrieblicher Regelungen geöffnet worden und die neu verhandelten Verträge enthalten keine schwammigen Regelungen, die es erlauben, von den Grundsätzen abweichende Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene zu treffen. Die Stellung von ver.di gegenüber dem Unternehmen als zentraler Tarifpartner blieb nicht nur erhalten, sie konnte in einigen Punkten (REVAS-Zeiten, weitgehende Wiedereinbeziehung der Lohngruppen 8 und 9 in die Regelungen des Rationalisierungsschutzes, Ausschluss betriebsbedingter Änderungskündigungen) sogar noch erweitert werden. Ferner gelang es ver.di, die Fremdvergabe von Leistungen, die bisher von den Beschäftigten der Post erbracht wurden, weitgehend zu verhindern. Auch ist die Überleitung des gesamten Unternehmens in die eigene Firma First Mail erst einmal vom Tisch. Der im Mai 2008 geschlossene Beschäftigungspakt wurde um ein halbes Jahr verlängert. Damit werden betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2011 nicht ausgesprochen werden können, allerdings wird auch die Erhöhung der ter-Zeiten um ein halbes Jahr verschoben.

Bis Ende 2011 wird es für die unbefristet Beschäftigten in den Bereichen Brief- und Paketzustellung wie Fahrdienst keine existentielle Gefährdung ihrer Arbeitsplätze und ihres Einkommens geben.

Diese Erfolge sind am Verhandlungstisch erzielt worden. Als Preis dafür machte ver.di Zugeständnisse bei den bezahlten Pausen und bei der Entlohnung. Nach Einschätzung der Post belaufen sich die Einsparungen für das Unternehmen in den nächsten zwei Jahren auf 370 Millionen Euro!

Wenn man angesichts der hohen Streikbereitschaft der KollegInnen dem Unternehmen derart weitreichende Kostenentlastungen gewährt, bleiben kritische Anmerkungen zum Charakter der Zugeständnisse und zur innergewerkschaftlichen Diskussion über die Tarifrunde nicht aus:

- Die Post hat im vergangenen Jahr durch den Verkauf der Postbank fünf Milliarden Euro Erlöst. Außerdem bekam sie nach einem Urteil des europäischen Gerichtshofes eine Milliarde Euro vom deutschen Staat zurückerstattet. Sie hat mit diesem Geld und dem „normalen“ Gewinn aus dem laufenden Briefgeschäft nicht nur die Verluste des desaströsen USA-Abenteuers und dessen Abwicklung ausgleichen, sondern noch sonstige Schulden begleichen können. Die Rücklagen der Post allein aus dem Verkauf der Postbank betragen laut Aussage von Martin Ziegenbalg, Leiter des Bereichs Investor Relation, knapp fünf Milliarden Euro. Vermutlich kommen noch weitere Beträge aus Überschüssen früherer Jahre hinzu. Im Frühjahr zahlte die Post an die Aktionäre eine stattliche Dividende. Die Post hat im dritten Quartal, trotz Krise, im Briefgeschäft ihren Gewinn gegenüber dem letzten Jahr gehalten. Auf der letzten Tagung der Niederlassungsleiter verkündete der Vorstand stolz, dass das EBIT, die zentrale Kennziffer für die Profitabilität des Unternehmens, sich 2009 gegenüber dem Vorjahr verbessert habe. Angesichts dieser komfortablen finanziellen Situation wäre eigentlich eine Sonderausschüttung für die Beschäftigten oder aber noch besser strukturelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Entlohnung (z. B. Wiedereinführung eine Altersteilzeitregelung, Annäherung des Lohnes der Neu- an die Altbeschäftigten, Entlastungsmaßnahmen bei der Zustellung, etc.) angesagt gewesen und nicht die

Absenkung der bezahlten REVAS-Pausen, die befristete Aussetzung der Überstundenzuschläge und eine Nullrunde beim Lohn.

- Vor allem die Nullrunde beim Lohn für das Jahr 2011 ist nicht nachvollziehbar. Nach den üblichen Berechnungen von Lohnerhöhungen, die wie die Inflationsrate auf Jahresbasis vorgenommen wird, bekommen die Beschäftigten der Post bis Ende 2011 eine Erhöhung von 1,44%. Die 3,0% im Dezember 2009 gelten für 25 Monate. Außerdem gibt es eine Einmalzahlung, die jedoch nicht in die Entlohnungstabellen einfließt. Während ver.di in seinem Organ „PUBLIK“ für die kommende Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, die bis in das Jahr 2011 hineinreicht, eine Nullrunde ausschließt, schafft der Fachbereich Post, Spedition Logistik ohne Rücksicht auf die Position des Bundesvorstandes Fakten, die es anderen Gewerkschaften schwer machen werden, höhere Lohnabschlüsse durchzusetzen. Jeder weiß, dass das Jahr 2011 ein Jahr der Belastungen für die Arbeiter und Angestellten werden wird, weil besonders im Bereich der Sozialversicherungen zusätzliche Belastungen zu erwarten sind. So wird zu diesem Zeitpunkt der FB 10 in der Lohnfrage nicht handlungsfähig sein.
- Selbst wenn man der Meinung ist, dass ein Streik insgesamt kaum ein besseres Ergebnis gebracht hätte, bleibt die Frage, warum gerade die KollegInnen, die bei der Post den härtesten körperlichen Belastungen ausgesetzt sind, also die Nachdienstkräfte und die Zusteller, am stärksten von den Zugeständnissen betroffen sind. Sie werden in den beiden kommenden Jahren durch die neuen Sortiermaschinen in den Briefzentren eine weitere Verdichtung ihrer Arbeit erfahren. Gerade auf sie hätte sich die Gewerkschaft bei einem Arbeitskonflikt verlassen können. Etwa eine befristete Aussetzung der ter-Zeiten bei den Verwaltungskräften, die nur in Ausnahmefällen sich an einem Streik beteiligt hätten, würde rechnerisch ebenfalls einen hohen Einspareffekt ergeben, sich aber kaum auf den Arbeitsalltag auswirken.
- Ebenso ist zu fragen, warum erneut Heilig Abend und Silvester ohne Gegenleistung zu Arbeitstagen bis Ende 2011 erklärt wurden. Auch hier haben vor allem die Nachdienstkräfte und die Zusteller das Nachsehen, andere können sich an diesen Tagen elegant aus der Affäre ziehen. Hier wäre als Kompensation eine Rückkehr zur früheren Regelung, pro Halbjahr ein freier Tag nach eigener Wahl, eine bessere Lösung gewesen. Man hätte damit die vormals erkämpfte Arbeitszeitverkürzung dauerhaft sichern können, was auch Beschlusslage von ver.di ist.
- Bereits wenige Stunden nach dem die Verhandlungskommission von ver.di die Einigung mit dem Arbeitgeber verkündet hatte, stimmte die große Tarifkommission einstimmig dem Ergebnis zu. Eine Zeitnot war hier nicht gegeben. Das Eingreifen in die zukünftige Tarifpolitik (z.B. Einmalzahlung für 2 Jahre) ohne die Rückkopplung mit der Gewerkschaftsbasis, ist zwar satzungsgemäß zulässig, gewerkschaftspolitisch aber eher problematisch. Während sich andere Bereiche von ver.di (ÖD, Erzieher) nach Ende der Verhandlungen mit den Arbeitgebern bis zur Abstimmung in ihrer Tarifkommission mehrere Wochen Zeit für eine intensive Diskussion unter den Mitgliedern nehmen, geschieht das im Fachbereich 10 noch nicht. Bezeichnend ist, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaft eine Lohnrunde, dem Kernbereich der Tarifpolitik, ohne vorab Befragung der Mitglieder geführt und abgeschlossen wurde. Eine Meinungsbildung über die sehr komplexen Abmachungen konnte vor der Zustimmung nicht stattfinden. Es sollten Möglichkeiten gefunden werden eine solche innergewerkschaftliche Diskussion vorher durchzuführen. Mitglieder nicht in jeder Phase mit einzubeziehen, führt auf längere Sicht zu einer Schwächung gewerkschaftlicher Aktivitäten im Betrieb und in der Gesellschaft. Auch im Rahmen von „Chance 2011“ ist

die Einbeziehung der Basis, gerade bei so weitreichenden Tarifabschlüssen, notwendig und gewünscht.

- Wie ein Sieg sieht auch die zwischen der Post und ver.di geschlossene Vereinbarung nicht aus, „...bei einem signifikanten Absinken der wirtschaftlichen Ergebnisse des Unternehmens Gespräche zur gemeinsamen Beurteilung der Situation und zur Vereinbarung von Gegenmaßnahmen mit dem ernsthaften Willen zur Einigung“ zu führen. Eine Abmachung zweier gleichstarker Verhandlungspartner hätte die Regelung enthalten, dass auch bei einer außergewöhnlichen Verbesserung der ökonomischen Situation der Post Verhandlungen über strukturelle Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen oder bei den Löhnen geführt werden müssen.

Auch wenn es in der aktuellen Tarifrunde die Arbeitszeit und die Einkommen der Beschäftigten gesichert wurden und für die nächsten zweieinhalb Jahre Kündigungen wie Änderungskündigungen aus betriebswirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen hat, zudem die REVAS Zeiten tarifvertraglich gesichert und die Möglichkeit, ÜZL Verträge abzuschließen, beschränkt wurden, darf dies den Blick auf das Gesamtergebnis nicht versperren. Trotz exzellenter wirtschaftlicher Lage hat ver.di dem Unternehmen erhebliche Kostenentlastungen zu Lasten der Beschäftigten zugestanden. Ver.di hat zwar die Forderungen des Arbeitgebers nach Verlängerung der Arbeitszeit und Verschiebung der Lohnerhöhung abgewehrt, die vom Unternehmen erwünschten Einsparungen aber an anderer Stelle zugestanden.

Insgesamt wird die Zahl der durch die Tarifverträge von ver.di mit der Post geschützten Arbeitsplätze weiter abnehmen. Die Zahl der befristeten Aussetzung von einzelnen Regelungen der bestehenden Tarifverträge hat in den letzten Jahren zugenommen und ist in der Tarifrunde 2009 durch die Aussetzung der Bezahlung von Überstunden bei den Zustellern bis Mitte 2011 um einen Punkt erweitert worden. Allerdings gelang es auch, die Lohngruppen 8 und 9 weitgehend wieder in den TV 444 einzubeziehen. Auf lange Sicht befindet sich ver.di im Verhältnis zum Unternehmen auf einer leicht abschüssigen Ebene, die aber schnell steiler nach unten führen kann, wenn sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ändern.

Ver.di hat darauf verzichtet, durch einen Streik den Arbeitgeber für längere Zeit in die Schranken zu weisen. Dass die Post die Auseinandersetzung mit ver.di über die Frage, wer zukünftig die Löhne und die Arbeitsbedingungen im Logistiksektor bestimmt, nicht als beendet sieht, lässt sich schon allein daran sehen, dass sie weiter am Ausbau ihrer Tochter First Mail arbeitet. Das Unternehmen ist allein an die, auch von ver.di geschlossenen, Mindestlohnregelungen gebunden. In den kommenden Jahren wird bei der Ausbildungsquote der DeutschenPost AG die First Mail bundesweit Berücksichtigung finden, was auf eine strategische Ausrichtung zur Billiglohn-Tochter hinweist.

All dies ist kein Grund zur Resignation. Im Gegenteil. Nur eine aktive Basis in den Gewerkschaften wird eine solche Entwicklung verhindern können. Sie wird aber nicht nur bereit sein müssen sich allseitig einzumischen. Sie wird innergewerkschaftlich stärker die Rechenschaftspflicht aller Funktionäre und ebenso die der gewerkschaftlichen Betriebsräte einfordern und sich eine gesellschaftliche Perspektive erarbeiten müssen, die klar davon ausgeht, dass ein privatwirtschaftlich organisierter Postsektor auf Dauer zu existentiellen Problemen für die Beschäftigten führen wird.

Arbeitsgruppe „Aktuelles“ der BeG Brief Berlin Zentrum,
29.12.2009